

Toleranz unter Druck: Wie politische Eliten und die Bevölkerung mit politischen Extremen umgehen

Pirmin Bundi, Eva Krejcova, Frédéric Varone
26th May 2026



Politische Intoleranz ist kein abstraktes Problem. In der Schweiz wie auch international häufen sich Fälle, in denen politische Akteure die Rechte anderer Gruppen einschränken wollen. Eine neue Befragung unter 250 Schweizer Parlamentsmitgliedern und der Schweizer Bevölkerung zeigt: Die Mitglieder von Parlamenten sind toleranter als die Bevölkerung. Wenn sie doch Grenzen ziehen, dann aus anderen Gründen und mit einer anderen Motivation.

«Demonstrieren zu können ist ein Grundrecht, aber dieses Recht kann eingeschränkt werden, falls es zu Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit kommt.»[\[1\]](#) Diese Antwort gab die Kommandantin der Genfer Polizei, Monica Bonfanti, auf die Frage bezüglich einer möglichen G7-Gegendemonstration, die in Genf stattfinden soll. Fragen der politischen

Toleranz sind nicht nur theoretischer Natur. Sie stellen sich in einem politischen Klima, das von wachsender Polarisierung geprägt ist, täglich. In unserer Studie *REP 2025* gehen wir diesen Fragen empirisch nach.

REP-Projekt

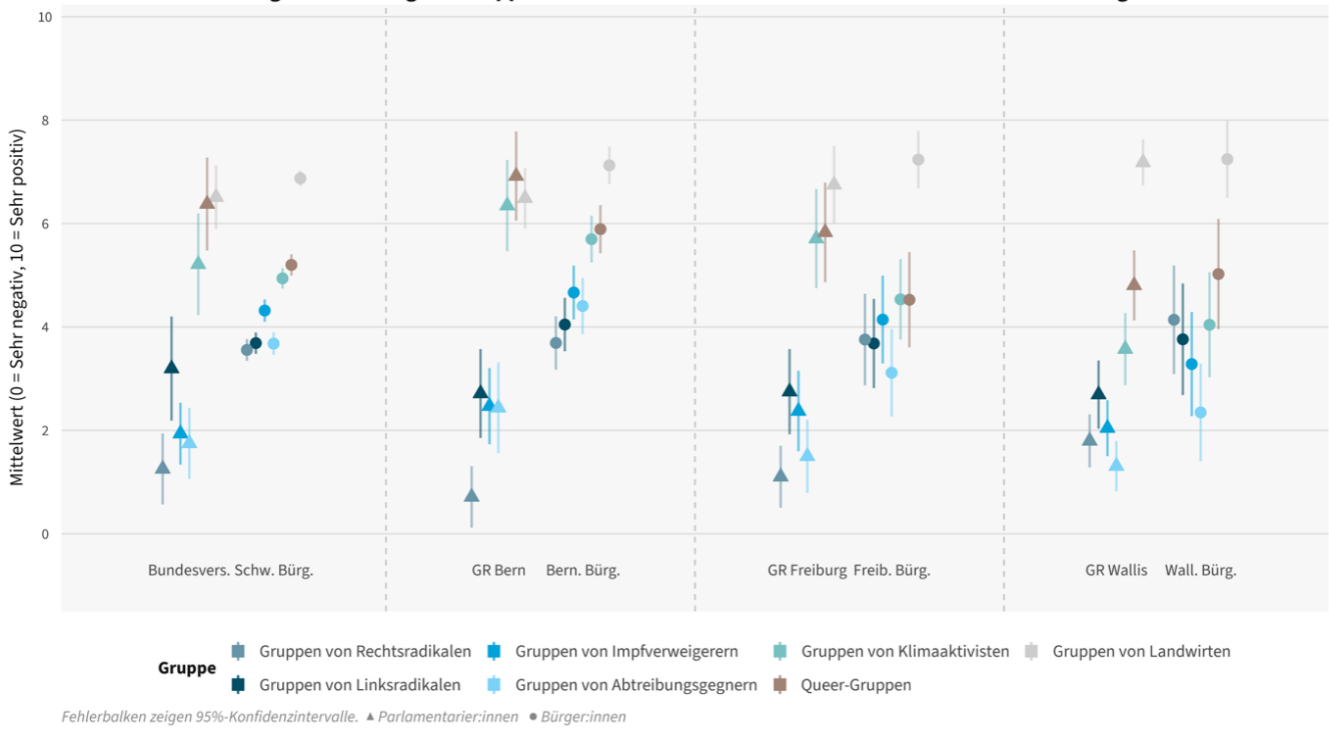
Das vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und European Research Council (ERC) finanzierte Projekt [REP](#) untersucht, wie sich Politikerinnen und Politiker ein Bild von den politischen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürgern machen, die sie repräsentieren. In der Schweiz sind die Universitäten Genf und Lausanne für die Durchführung der Befragungen im Rahmen von REP verantwortlich. Im Jahr 2025 wurden 250 Parlamentsmitglieder der Bundesversammlung sowie Mitglieder der kantonalen Legislativen der Kantone Bern, Freiburg und Wallis befragt (die Rücklaufquote betrug knapp 40 Prozent). Parallel dazu wurden Bürgerinnen und Bürger aus denselben Regionen befragt, um Parlamentsmitglieder und Bevölkerung direkt vergleichen zu können.

Landwirte beliebter als Rechtsradikale

Zunächst fragten wir, wie verschiedene politisch aktive Gruppen bewertet werden. Das Ergebnis ist bemerkenswert konsistent: Landwirt:innen werden in allen vier untersuchten Parlamenten und von der Bevölkerung gleichermaßen am positivsten eingeschätzt. Rechtsradikale Gruppen, Abtreibungsgegnerinnen und Impfgegner landen hingegen am unteren Ende der Bewertungsskala, sowohl bei Parlamentsmitgliedern als auch bei Bürgerinnen und Bürgern.

Dabei zeigen sich aber zwei aufschlussreiche Unterschiede. Erstens differenzieren Parlamentsmitglieder stärker zwischen rechts- und linksradikalen Gruppen: Rechtsradikale werden von gewählten Parlamentsmitgliedern deutlich negativer beurteilt als von der Bevölkerung, während linksradikale Gruppen von beiden ähnlich eingeschätzt werden. Zweitens werden Klimaaktivistinnen und -aktivisten von den Parlamentsmitgliedern insgesamt positiver wahrgenommen als von der Bevölkerung, mit einer Ausnahme: Im Wallis fallen die Bewertungen der Parlamentsmitglieder hier nicht anders aus als jene der Bürgerinnen und Bürger.

Abbildung 1: Bewertung der Gruppen durch Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Bürger:innen

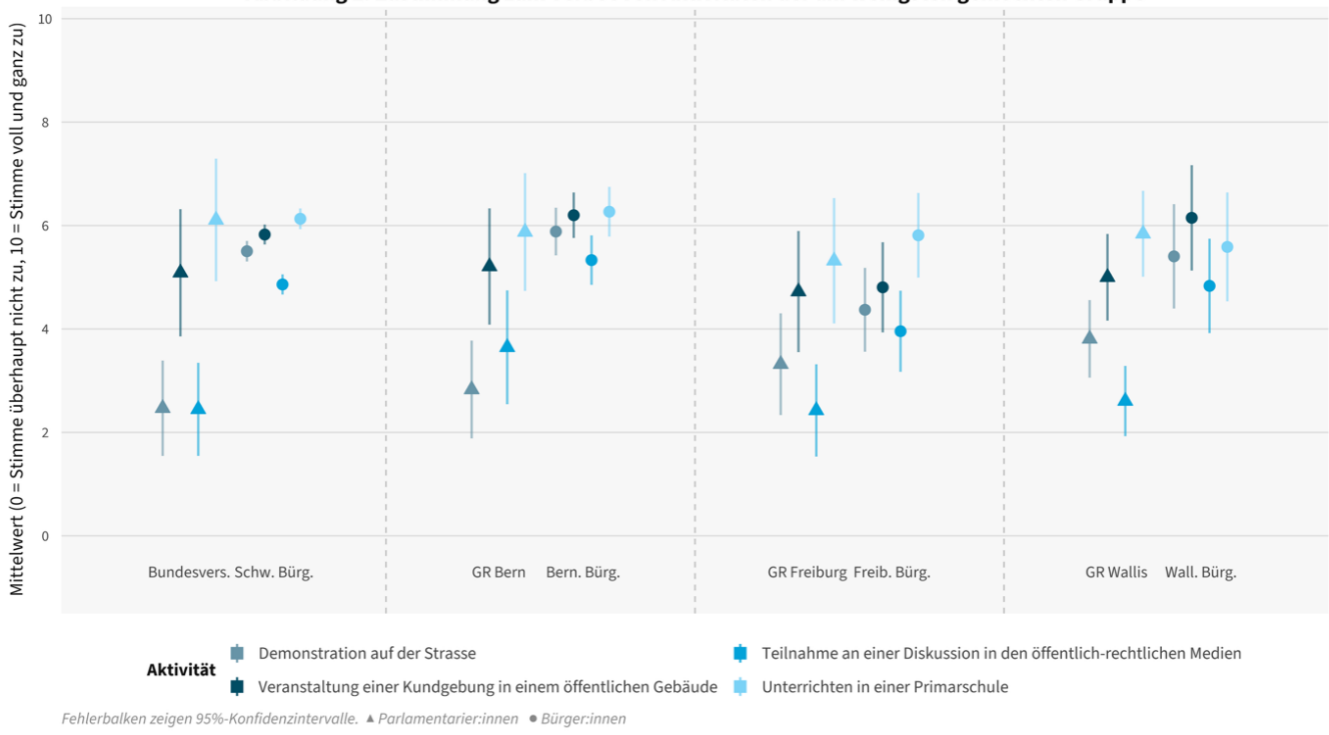


Parlamentsmitglieder toleranter als die Bevölkerung

Im zweiten Schritt wollten wir wissen: Wie weit gehen Parlamentsmitglieder und Bevölkerung, wenn es darum geht, der von ihnen am wenigsten geschätzte Gruppe politische Rechte zu entziehen? Konkret fragten wir, ob man ein Verbot von Strassenprotesten, öffentlichen Kundgebungen, Medienauftritten oder dem Unterrichten in Primarschulen befürworten würde.

Das Ergebnis ist eindeutig: Parlamentsmitglieder sind deutlich weniger bereit als Bürgerinnen und Bürgern, solche Verbote zu unterstützen. Dies trifft für alle vier Aktivitäten und in allen Parlamenten zu. Am grössten ist der Unterschied beim Verbot von Strassenprotesten: Hier lehnen die gewählten Parlamentsmitgliedern eine Einschränkung besonders klar ab. Etwas mehr Bereitschaft zeigen sowohl Parlamentsmitglieder als auch Bürgerinnen und Bürger, wenn es darum geht, Angehörige der unliebsamen Gruppe vom Lehrberuf in der Primarschule auszuschliessen.

Abbildung 2: Zustimmung zum Verbot von Aktivitäten der am wenigsten gemochten Gruppe



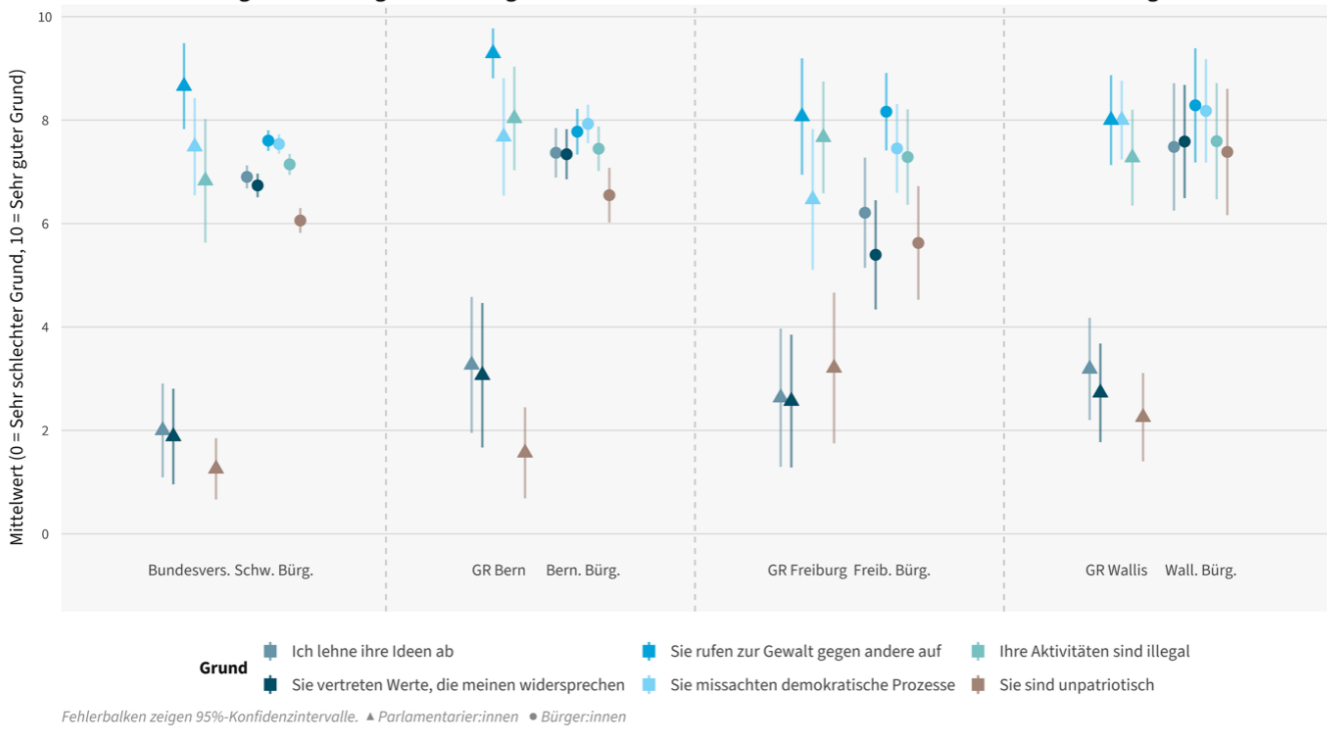
Öffentliche statt persönliche Faktoren: Wie Parlamentsmitglieder ihre Intoleranz begründen

Am aufschlussreichsten ist der dritte Befund: Wer bereit ist, Rechte einzuschränken, tut dies aus ganz unterschiedlichen Gründen. Allerdings kommt es darauf an, ob er oder sie ein Parlamentsmitglied oder eine Bürgerin bzw. ein Bürger ist.

Bei den Parlamentsmitgliedern steht in allen vier Parlamenten der Aufruf zur Gewalt klar an erster Stelle. Dahinter folgen die Missachtung demokratischer Prozesse und die Illegalität der Aktivitäten. Persönliche Abneigung gegenüber den Ideen der Gruppe, entgegengesetzte Werte oder ein fehlendes Patriotismus-Verständnis spielen hingegen kaum eine Rolle. Mit anderen Worten: Gewählte Parlamentsmitglieder legitimieren ihre Intoleranz mit allgemein anerkannten, rechtsstaatlichen Kriterien und nicht mit subjektiven Gefühlen.

Bürger:innen hingegen unterscheiden weniger scharf zwischen diesen Gründen. Zwar bleibt auch für sie der Aufruf zur Gewalt zentral, doch spielen persönliche Ablehnung der Ideen, entgegengesetzte Werte und unpatriotische Haltungen eine deutlich grössere Rolle als bei den Parlamentsmitgliedern. Die Schwelle zur Intoleranz liegt bei Bürger:innen also näher am Bauchgefühl, bei Parlamentsmitgliedern näher am Prinzip.

Abbildung 3: Bewertung der Verbotsgründe durch Parlamentarier:innen und Bürger:innen



Differenziertes Bild der politischen Toleranz

Diese Ergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild des Zustands politischer Toleranz in der Schweiz. Einerseits zeigen sie, dass Parlamentsmitglieder als Hüter demokratischer Normen fungieren: Sie sind toleranter, differenzieren stärker zwischen Gruppen und stützen ihre Urteile auf rechtsstaatlichen Kriterien ab. Das ist für eine funktionierende Demokratie ermutigend.

Andererseits weisen die Daten auf eine Kluft zwischen Eliten und Bevölkerung hin. Die grössere Bereitschaft von Bürger:innen, politische Rechte einzuschränken, sowie ihre stärkere Orientierung an subjektiven Gefühlen und Gruppenabneigungen, sind ein Warnsignal. Denn in direktdemokratischen Systemen wie der Schweiz haben Volksmeinungen direkten Einfluss auf Gesetze und politische Entscheide. Politische Intoleranz, die sich an Abstimmungsurnen entlädt, kann demokratische Rechte genauso gefährden wie Intoleranz in Parlamenten.

Quelle:

- Varone, Frédéric, Eva Krejcova, Pirmin Bundi (2026): [Bericht zur REP Befragung](#). Universitäten Genf und Lausanne.

[1] SRF, G7-Gipfel in Evian – Genfer Polizeichefin: «Grenzen könnten geschlossen werden» <https://www.srf.ch/news/dialog/g7-gipfel-in-evian-genfer-polizeichefin-grenzen-koennten-geschlossen-werden>. 5.5.2026.

Bild: [Unsplash](#)